

## „Die Kleinen sind die Gekniffenen“

**BZ-INTERVIEW:** Bert Sutter, Chef des gleichnamigen Emmendinger Medizintechnikspezialisten, ist neuer Präsident des WVIB. Er warnt davor, den Mittelstand mit Vorgaben und Steuern zu überlasten.

■ Von Bernd Kramer

**D**ie südbadische Industrie steht vor großen Herausforderungen wie dem Arbeitskräftemangel und der vergleichsweise teuren Energie. Wie kann der Wirtschaftsverband Industrieller Unternehmen Baden (WVIB) helfen? Dazu äußern sich der bisherige WVIB-Präsident Thomas Burger und Nachfolger Bert Sutter, der am Freitag gewählt wurde.

**BZ:** Herr Sutter, der deutschen Industrie bläst viel Wind ins Gesicht. Warum werden Sie in solch einer schwierigen Zeit Präsident eines Verbandes, der die mittelständische Industrie vertritt?

**Sutter:** Alle Zeiten haben ihre Herausforderungen und es hat seit 1946 stets WVIB-Präsidenten gegeben. Die Präsidentschaft ist eine spannende Aufgabe, weil es den Verband mehr denn je braucht. Wir haben ja zurecht das Motto „Menschen in Unternehmen wirksamer machen“. Nur wenn wir noch produktiver werden, ist es möglich, mit dem Arbeitskräftemangel zurechtzukommen und im Wettbewerb zu bestehen. Der Verband qualifiziert, zeigt die besten Ansätze auf und vernetzt die Unternehmen. Wir müssen auch die Freiheiten verteidigen, die es braucht, um erfolgreich als Unternehmerin oder Unternehmer arbeiten zu können. Ich sehe den WVIB als die Stimme der ökosozialen Marktwirtschaft in der Region. Preise für Waren müssen deren tatsächliche Kosten widerspiegeln, auch die für die Umwelt. Es ist keine Bürde, den WVIB zu führen. Die Organisation ist nach der erfolgreichen sechsjährigen Amtszeit von Thomas Burger, mit



Der hohe Standard der beruflichen Ausbildung ist eine der Stärken der mittelständischen Industriebetriebe.

ARCHIVFOTO: PATRICK SEEGER (DPA)

den. Die entscheidenden Fragen sind aber: Wo wird in Zukunft investiert? Was bedeutet dies für die langfristige Entwicklung? Hier liegt die große Gefahr des von Thomas Burger beschriebenen Prozesses. Arbeitet der neue Auslandsstandort einmal effizienter als die deutsche Zentrale, wird diese in Frage gestellt und die industrielle Basis bröckelt vollends. Die kleinen Unternehmen sind die Gekniffenen. Sie können nicht einfach verlagern und sich den schlechten Rahmenbedingungen mit dem Gang ins Ausland entziehen.

**BZ:** Die Arbeitslosigkeit ist gering, über die Bürokratie wurde stets gejammert.

**Sutter:** Als die Industrie nach der Jahrtausendwende schwächelte, nahm die Arbeitslosigkeit stark zu. Heute ist das wegen des demografischen Wandels und der wenigen jungen Nachwuchskräfte nicht der Fall. So

Mittelständlern. Das bedeutet für die kleinen und mittleren Firmen, dass sie als Lieferant die entsprechenden Nachweise erbringen müssen. Was schon für große Unternehmen eine erhebliche Herausforderung darstellt, ist für kleine gar nicht mehr zu stemmen. Der Staat überträgt hoheitliche Aufgaben auf die Wirtschaft, die diese nicht erfüllen kann. Anstatt produktiv zu arbeiten, wird sehr viel Zeit unnötig für Berichte verwendet, die die Menschenrechtssituation nicht verbessern.

**BZ:** Die Klage über teure Energie ist allgegenwärtig. Energie war aber auch früher anderswo billiger als in Deutschland.

**Sutter:** Energie ist aber hierzulande im internationalen Vergleich zuletzt deutlich teurer geworden. In Frankreich fiel der Aufschlag geringer aus.

**Burger:** Der Energiewende in Deutschland fehlt nach wie vor ein tragfähiges Konzept. Es ist weiter nicht klar, wie fossile Energieträger und die Atomkraft adäquat durch die Erneuerbaren ersetzt werden können. Viele Länder setzen weiter oder wieder auf die Atomkraft. Der Ausstieg Deutschlands aus der Nukleartechnik war dagegen ein Fehler, wie sich jetzt zeigt. Anstatt wie propagiert unabhängig bei der Energieversorgung zu werden, hängen wir jetzt vermehrt an polnischem Kohle- und französischem Atomstrom und zahlen auch noch mehr.

**BZ:** Was ist nötig, damit die Industrie in Südbaden weiter florieren kann?

**Burger:** Wir müssen wieder mehr zu einer Leistungsgesellschaft werden. Wir sind zu satt, zu selbstzufrieden geworden. Statt nach Erfolgen und Wachstum zu streben, wird in der Generation Z lieber über das Sabbatical und die Vier-Tage-Woche geredet. Eine Weile kann man sich auf den Lorbeeren aus der Vergangenheit ausruhen, aber am Ende droht der Abgrund, weil mit

Bequemlichkeit der Wohlstand nicht gesichert werden kann. Zudem bedarf es mehr Gemeinsinn. Die Menschen sind entsprechend meiner Beobachtung nach der Corona-Pandemie deutlich egoistischer geworden.

**Sutter:** Entscheidend ist, dass man sich von der weit verbreiteten Vorstellung verabschiedet, wirtschaftlichen Erfolg zentral planen zu können. Das geht schief. Vielmehr ist es wichtig, dass die Infrastruktur stimmt, also zum Beispiel ausreichend Breitbandleitungen für die Internetverbindungen gelegt sind. Die Menschen müssen da sein – über eine kluge Einwanderungspolitik. Zudem muss der Rahmen passen – Arbeit und Investitionen müssen sich für Beschäftigte und Unternehmen lohnen. Der Staat darf nicht schröpfen. Und die Bürokratie darf nicht übergriffig werden.

**BZ:** Was kann der Verband tun, um den Mittelstand zu erhalten, um den das Ausland uns beneidet?

**Sutter:** Wir werden im öffentlichen Diskurs unsere Stimme erheben, um das zu fordern, was aus unserer Sicht dem Mittelstand hilft. Wir können Rufer sein, sollten uns aber nicht einbilden, Entscheidungen aus Berlin im Alleingang beeinflussen zu können. Im Verband müssen wir weiter vernetzen, aus beziehungsweise weiterbilden und neue Möglichkeiten aufzeigen. Ohne den WVIB wären viele Unternehmen nicht auf dem Niveau, auf dem sie heute sind – auch Sutter nicht.

**Burger:** Es muss attraktiv sein, in familiengeführten Unternehmen Verantwortung zu übernehmen und dort zu arbeiten. Kann ich als Unternehmer gestalten oder werde ich zu einem bloßen Verwalter degradiert, den die Bürokratie einzwängt und seiner

Kreativität beraubt? Der Verband sollte all seine Kraft dafür einsetzen, Letzteres zu verhindern.

**BZ:** In Ihrer Zeit als Präsident Herr Burger, hat der WVIB auf die ungleichen Machtverhältnisse in der Autoindustrie aufmerksam gemacht. Kleine Zulieferer gegen Konzerne. Wie hat das gewirkt?

**Burger:** Auf politischer Ebene müssen wir feststellen, dass wir als Mittelstandslobby weniger Gehör finden, gerade jetzt, wo es holpriger läuft. Das war früher besser. Uns wird heute oft mit der Haltung begegnet, dass man eh schon alles wüsste und ein Gespräch mit uns nicht nötig sei. Diese Position ist in dem Teil des politischen Spektrums ausgeprägter, das sich gern als progressiv, gesprächsoffen und tolerant nach außen gibt. Auf der industriellen Seite können wir sicherlich auftriften. Belehren lassen sich die Konzerne aber nicht. Die alte Einsicht gilt weiterhin, dass, je austauschbarer der Zulieferer ist, desto weniger Verhandlungsspielraum verfügt er.

**BZ:** Herr Burger, was hat Ihnen in Ihrer Amtszeit Spaß gemacht? Was möchten Sie dem Verband mit auf den Weg geben?

**Burger:** Die Arbeit mit den engagierten Beschäftigten des WVIB angeführt durch Christoph Münzer und den Mitgliedsunternehmen hat mir große Freude bereitet. Ein Highlight war die Einrichtung unseres Stiftungslehrstuhls für Robotik an der Hochschule Offenburg. Das Wissen, das dort vermittelt wird, ist Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Um den Verband ist mir nicht bange, da ich einen sehr guten Nachfolger habe. Der WVIB wird ein Anker für den Mittelstand bleiben, den er in diesen Zeiten auch braucht.

„Wir sind zu satt, zu selbstzufrieden geworden.“  
Thomas Burger



Bert Sutter



Thomas Burger

einem topvernetzten Hauptgeschäftsführer Christoph Münzer und der motivierten WVIB-Belegschaft hervorragend aufgestellt.

**BZ:** Ist der Begriff der Deindustrialisierung Deutschlands zutreffend oder nur ein gern genutzter Ausdruck, mit dem die Industrie mehr Staatshilfe ergattern will?

**Burger:** Die Deindustrialisierung ist im vollen Gange. Früher waren es Konzerne, die Stellen ins Ausland verlagert haben, jetzt folgt der Mittelstand. Der Industriestandort wird zusehends unattraktiver. Das liegt an immer schlechteren Rahmenbedingungen: Bürokratie und Regulierung, Energiekosten und der Arbeitskräftemangel, der sich durch den demografischen Wandel verschärfen wird. Die Deindustrialisierung ist kein Kampfbegriff einer Lobby, sie passiert im Hier und Jetzt. Zugleich wollen wir keine Subventionen ergattern, sondern bessere Rahmenbedingungen für alle erreichen.

**Sutter:** Die Unternehmen haben ihren Anker in Deutschland. Sie möchten nicht auf Gedeih und Verderb ihre Heimat verlas-

sen. Die niedrige Arbeitslosigkeit. Steuerlich ist die Belastung in anderen Ländern geringer, bei gleicher, wenn nicht sogar besserer Infrastruktur. Am schwersten wiegt aber die Bürokratie. Hinter ihr steckt der Wunsch, Unerwünschtes zu regulieren wie zum Beispiel schlechte Arbeitsbedingungen in anderen Ländern oder Gefahren für die Gesundheit von Patienten. Das sind alles ehrenwerte Ziele, die mit den unterschiedlichsten Vorgaben und Dokumentationspflichten erreicht werden sollen. Daran arbeiten viele Ministerien und EU-Behörden, die vielen einzelnen Interessen gerecht werden wollen. Wir, die Mittelständler, müssen aber all dies umsetzen und sind damit überfordert.

**BZ:** Gibt es ein Beispiel dafür?

**Sutter:** Nehmen Sie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten im Inland müssen grob gesagt sicherstellen und dokumentieren, dass in ihren globalen Lieferketten Menschenrechte nicht verletzt werden. Diese Unternehmen sind oft Kunden von